

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb**

**E W L** Landau in der Pfalz

## **NIEDERSCHRIFT**

über die Sitzung des Verwaltungsrates des  
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau  
am Mittwoch, 10.05.2023,  
im Foyer des Dienstleistungszentrums am Park  
(DiZaP), Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1

Beginn: 17:00

Ende: 19:51

Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Kim Neumann

CDU

Ralf Eggers

Vertreter von Herrn Doll

Peter Lerch

Leon Pabst

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Vertreter von Herrn Prof. Dr. Kopf

Martin Schlimmer-Bär

FWG

Hermann Eichhorn

Vertreter von Herrn Gies

Gerhardt Kästel

FDP

Bernhard Lelle

Vertreter von Herrn Mook

Die LINKE

Daniel Emmerich

Vertreter von Frau Werner

Pfeffer und Salz

Helmut Leim

Berichterstatter

Bernhard Eck

Vorstand



**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb**  
**E W L** Landau in der Pfalz

Michael Moock

Vertreter: Herr Lelle

Die LINKE

Caroline Werner

Vertreter: Herr Emmerich

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines neuen Verwaltungsratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Arbeitsschutz Abfallsammlung  
Vorlage: 860/593/2023
4. Entwurf Abfallwirtschaftskonzept  
Vorlage: 860/594/2023
5. Nachtrag Stellenplan 2023  
Vorlage: 860/591/2023
6. Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Verpflichtung eines neuen Verwaltungsratsmitgliedes

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und Herrn Lüdke (INFA GmbH). Das Ratsmitglied Herr Eichhorn (FWG) wird zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten verpflichtet.

Die Tagesordnung wird somit festgestellt.

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb

**E W L** Landau in der Pfalz

**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Arbeitsschutz Abfallsammlung

Der Vorsitzende führt in die Sitzungsvorlage ein und übergibt das Wort an den referierenden Mitarbeiter der INFA GmbH Herrn Andreas Lüdke.

Herr Lüdke zeigt die Gliederung der Präsentation auf und gibt eine Vorschau zum Projektziel der Minimierung der Behältersammelplätze im Stadtgebiet unter den Vorgaben der DGUV-Regelungen.

Herr Lüdke verdeutlicht die Ausgangssituation und den aktuellen Sachstand, zeigt Zwischenergebnisse mit einzelnen Parametern, gliedert eine Maßnahmen-Priorisierung und beschreibt ein mögliches weiteres Vorgehen.

Herr Dr. Sögding fragt, ob ein Kleinsammelfahrzeug einen Großteil abdecken könne, worauf Herr Lüdke antwortet, dass ein kleines Fahrzeug mit einer Breite von 2,15 m (gegenüber einem normalgroßen Fahrzeug mit 2,40 m Breite) nur einen geringen Teil der Straßenabschnitte kompensiert.

Herr Lelle fragt, warum die Behälterbereitstellung an zentralen Standplätzen auf einer hinteren Priorisierung stünde, da dies die einfachste und sinnvollste Lösung wäre. Herr Lüdke unterstreicht nochmals, dass das Ziel eigentlich eine Vermeidung der Standplätze sei. Der Vorsitzende erinnert zudem auf das Gebührenrecht, welches an eine Gebührenpflicht für den Behälterservice knüpft. Eine Reduzierung um 132 Rückwärtsfahrtstrecken könne nur mit Maßnahmen erfolgen. Herr Eck ergänzt, dass der EWL derzeit in Bereiche im Horstgebiet fährt, die ebenfalls in der Prüfung seien.

Herr Leim fragt, ob vor dem Hintergrund der Vermschutzung der Plätze schlussendlich weiterhin Behältersammelplätze erhalten blieben, was Herr Eck bejaht, da eine Reduzierung auf null nicht möglich erscheint. Oftmals bleibe auch Müll am Sammelplatz liegen, weil dieser "wild" dazugestellt werde, hierfür würde aber das Umweltamt der Stadt hinzugezogen.

Herr Lelle fragt wo die Gefährdungen in der Behältersammlung seien und findet, dass man sich einem Regulierungsmonster unterwerfe, besser sei es Mülltonnen der Objekte zusammenzufassen, um so mehr Effizienz heraus zu kitzeln.

Herr Lüdke berichtet, dass die beratenden Unternehmen Rückmeldungen zu deutlich weniger Unfällen und Schäden geben und vielleicht hat der Behälterservice tatsächlich schon Tote verhindert. Auch Herr Eck bestätigt, dass der Bauhof früher zur Schäden-Regulierung Mauern geflickt hätte.

Herr Schlimmer-Bär konstatiert, dass der Arbeits- und Unfallschutz wichtig sei.

Herr Lerch entgegnet, dass es kein schwarz oder nur weiß gebe. Die Sammelplätze seien problematisch und kein schöner Anblick. Die DGUV sei zudem keine Rechtsnorm, warum müsse diese nun umgesetzt werden? Weiterhin fragt er welche Städte aus der Nähe in RLP durch INFA GmbH betreut werden.

Herr Lüdke verdeutlicht, dass die DGUV eine Branchenregel des Dachverbandes der Unfallkassen sei und lediglich geltende rechtliche Grundlagen in einer Handlungshilfe zusammenfasst. Der Gesetzescharakter erwächst nicht aus der Handlungshilfe, sondern aus den "zitierten" Normen, wie der Bundesdrucksache aus dem Jahre 1993, die

weiterhin gültig ist. Aus der Region betreut INFA die Städte Pirmasens, Frankental und Ludwigshafen.

Herr Dr. Sögding fasst zusammen, dass die Sammelstellen ein Gefährdungspotential aufgrund der Verengung der Straße bergen. So berge sogar das Vorwärtsfahren ein Gefährdungspotential. Jedoch räumt sowohl die Unfallkasse als auch ein Berliner Sachverständiger ein, dass 288 Stellen objektiv eine hohe Zahl für eine Stadt wie Landau darstellen könnte. Mit den geplanten zusätzlichen Gebühren würde der Bürger im Regen stehen gelassen. Seiner Ansicht nach würden die Bürger die Abfalltrennung aufgeben und alles in die Restabfalltonne tun, um die Anzahl der Gefäße zu reduzieren. Die Risikoabschätzung des EWL würde auffallend streng erfolgen. Herr Eck fragt, ob Herr Sögding der Auffassung ist, dass er es mit dem Unfallschutz übertreiben würde? Der Vorsitzende wiederholt die Ziele der Vorlage. Dabei soll es nicht um eine Abschaffung des Behälterservices gehen, sondern darum das Gebührenrecht einzuhalten.

Herr Kästel fragt, ob der Geltungsbereich der Branchenregel für alle Abfallbetriebe gelte oder nur für den öffentlichen Sektor.

Herr Lüdke antwortet, dass die Regelungen für alle gelten würden, jedoch würde die Privatwirtschaft die Vorgaben beugen.

Frau Neumann schlägt vor, beispielsweise in der Röntgenstraße einzelne abschließbare Container für die Bürger zu errichten. Herr Eck entgegnet, dass bei großen Gefäßen die Trennung deutlich schlechter erfolge. Sammelstellen blieben Plätze mit hoher Verschmutzung.

Der Vorsitzende wirft ein, dass die Sammelstellen anders gestaltet werden müssten.

Herr Emmerich fragt, ob die Privatwirtschaft beauftragt werden könnte, um die Sammlung einfacher zu erledigen, worauf Herr Dr. Schäfer entgegnet, wenn die Sammlung ausgeschrieben werde, der Arbeitsschutzstandard in einer Vergabe trotzdem eingehalten werden müsse.

Herr Lerch fragt, ob es eine Vorgabe zur Reduzierung der Sammelpunkte auf null geben soll, worauf der Vorsitzende antwortet, dass bisher nur ein Konzept erarbeitet werden soll, was nochmals vorgestellt wird.

Herr Eck stellt nochmal klar, dass in der Prioritätenreihung vom EWL das Engstellenfahrzeug höher eingestuft wurde, als von INFA GmbH vorgeschlagen. Eine Reduzierung auf null ist durch die Vorlage nicht ausgeschlossen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende dankt dem Vortragenden Herrn Lüdke.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Verwaltungsrat beauftragt den EWL ein Konzept zur Reduzierung der Sammelplätze zu erstellen. Dabei wird folgende Priorisierung der möglichen Maßnahmen festgelegt:

1. Standort anders anfahren
2. Durchfahrtsverbot für LKW (temporär) aufheben
3. Einsatz „Engstellenfahrzeug“

## Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb

**E W L** Landau in der Pfalz

4. Temporäres / generelles Parkverbot bei Fahrwegen und Wendemöglichkeiten
5. Einbahnstraßenregelung
6. Grünpflegemaßnahmen
7. Bauliche Maßnahmen

### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Entwurf Abfallwirtschaftskonzept

Der Vorsitzende leitet in die Sitzungsvorlage ein und übergibt das Wort an den vortragenden Mitarbeiter des EWL Herr Kiptschuk.

Herr Kiptschuk stellt das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Landau mit den Vorgaben aus dem Abfallwirtschaftsplan RLP, den Zielwerten für 2030 und den wesentlich geplanten Maßnahmen vor.

Herr Kästel fragt ob das Ident-System auch für die Biotonne vorgesehen ist, was Herr Kiptschuk verneint, da es nur für den Restabfall geplant sei. Herr Eck ergänzt, dass eine bessere Trennung der Abfälle und eine damit verbundene Reduzierung des Restabfallvolumens über den Geldbeutel besser gesteuert werden könne.

Weiterhin erinnert Herr Kästel auch an die Zeitraum-Debatte im Bioabfall, worauf Herr Eck an die im Konzept genannte Ausweitung einer temporären Biogutannahme verweist, aber auch an die Problematik der krautigen Biogutannahme im Kreis SÜW.

Herr Leim erkundigt sich zu dem Second-Hand-Kaufhaus und ob die Möbelstücke als Ganzes angeliefert werden müssen. Die Annahme müsse zerstörungsfrei erfolgen und im aufgebauten Zustand wäre das beispielhaft, so Herr Kiptschuk. Vereine würden das Kaufhaus betreiben und bei der Annahme unterstützen. Der Vorsitzende erinnert hierbei auch an den KIGOMA einen Ruhango-Markt in Landau, bei dem viele Anlieferungen schlussendlich entsorgt werden müssten. Auch sei die Kostenfrage kein Problem, sondern eher die Altersstruktur. Es müssten mehr jüngere Helfer unterstützen beispielsweise aus dem Bundesfreiwilligendienst oder dem FSJ (freiwilliges soziales Jahr).

Herr Lerch fragt, ob die Ziele des AWK Restabfälle zu minimieren und die Einführung der Pflichtbiotonne im Widerspruch stünden, wenn auch noch im Kreis die Gebühren hierfür gesenkt würden. Der Vorsitzende verdeutlicht, dass es nicht widersprüchlich sei die Biomasse im Restabfall zu senken. So würden gegarte/ gekochte Lebensmittel nicht auf dem Kompost landen, um Nagetiere zu nähren, sondern in der Restabfalltonne, da eine Biotonne aufgrund der Befreiung zur Kompostierung schlicht nicht vorhanden sei.

Frau Follmann fragt ob die Gespräche zur gemeinsamen Vergärung der Bioabfälle mit den Kreisen SÜW und GER erfolgreich verliefen, was Herr Eck verneint, da es zwischen den Unternehmen unterschiedliche Schwerpunkte bzgl. der Gebührenhöhe, den Altlasten und der Nachhaltigkeit bestand.

Abschließend fragt Herr Lelle wie sich die Biotonnenpflicht auf die Gebühren auswirken würden, was Herr Eck mit einer Vergünstigung beantwortet.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Verwaltungsrat stimmt dem beigefügten Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes zu und beauftragt den EWL das Konzept öffentlich auszulegen (Beteiligung Bürgerschaft), die nach Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Verbände und die Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft zu hören.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Nachtrag Stellenplan 2023

Vorsitzende führt in die Sitzungsvorlage ein und übergibt das Wort an Herrn Eck.

Die Anpassungen des Stellenplans werden einstimmig beschlossen.

**Beschlussvorschlag:**

- 1. Der Verwaltungsrat beschließt folgende Anpassungen des Stellenplans**
- 2. Der Stadtrat stimmt der unter Punkt 1 genannten Beschlussfassung zu.**

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb

**E W L** Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

keine Wortmeldungen

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Die Niederschrift über die Sitzung des der Stadt Landau in der Pfalz am umfasst 10 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 35.

Vorsitzender

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Sebastian Mann  
Schriftführer